

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU**Regionales Gleichgewicht in der EU-Strukturförderung sichern**

Die 2000 begonnene Programmperiode der europäischen Strukturfonds läuft Ende 2006 aus. Insgesamt fließen in dieser Zeit rund 260 Mio. € EU-Gelder nach Bremen und Bremerhaven. Zusammen mit Kofinanzierungsmitteln haben die Strukturfonds – u. a. EFRE, ESF, FIAF – in dieser Förderperiode den Strukturwandel in Bremen und Bremerhaven mit rund 735 Mio. € gefördert.

Für die Förderperiode 2007 bis 2013 wurde bislang weder hinsichtlich des Gesamtvolumens der EU-Strukturförderung noch bezüglich deren Verteilung auf die Ziele Konvergenz (Ziel 1), Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (Ziel 2) sowie Europäische territoriale Zusammenarbeit (Ziel 3) eine abschließende Einigung erzielt. Eine restriktivere Förderpolitik mit reduziertem Mittelvolumen und veränderter Fondsaufteilung könnte bewirken, dass strukturschwache westdeutsche Regionen künftig spürbar weniger Anspruch auf EU-Strukturförderung hätten. Dies beträfe auch das Land Bremen.

Die Europäische Kommission schlägt vor, dass grundsätzlich alle Regionen förderfähig sein sollen und überlässt es den Mitgliedstaaten, im Rahmen der – erstmals zu erstellenden – nationalen Rahmenstrategie zu einer thematischen und regionalen Konzentration zu kommen. Damit könnten nicht nur die Regionen mit sozio-ökonomischen Problemen von den Strukturfonds profitieren, sondern auch Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union insgesamt stärken sollen, unabhängig von der sozio-ökonomischen Problemlage eines Landes, gefördert werden. Damit würde der Kreis der Anspruchsberechtigten ausgeweitet, die Höhe der Mittel für Ziel-2 wird zudem gegebenenfalls erheblich geringer ausfallen als dies heute der Fall ist. Das hat insgesamt zur Folge, dass die Mittel, die Bremen in dieser Förderperiode erhält, erheblich geringer ausfallen könnten.

Besonders sensibel ist die Situation Bremerhavens: Der zunächst drohende Verlust der EU-Regionalförderung scheint zwar aktuell abgewendet zu sein, doch zeichnet sich eine Absenkung der Fördersätze ab. Auch bei der Förderung aus dem EU-Fischereifonds (FIAF) könnte sich die Position Bremerhavens verschlechtern, wenn bei der Fischereiförderung kleinere Kommunen Priorität haben sollen. Schließlich gibt es Hinweise darauf, dass im angrenzenden Regierungsbezirk Lüneburg ab 2007 Förderungen gezahlt werden könnten, die der von „Ziel-1“-Gebieten entsprechen. Dadurch entstünde ein deutliches Fördergefälle zwischen Bremerhaven/Bremen und dem Umland.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Der Senat wird gebeten, dem Parlament zeitnah darzulegen, wie sich die EU-Fördermöglichkeiten in Bremen und Bremerhaven vor dem Hintergrund des aktuellen Stands der Verhandlungen um die inhaltliche Ausgestaltung und die finanzielle Ausstattung der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 voraussichtlich entwickeln werden.
2. Der Senat möge dahingehend auf die Bundesregierung einwirken, dass diese alles daransetzt, in der nächsten EU-Förderperiode den strukturschwachen Regionen in Westdeutschland die für ihre Entwicklung unverzichtbaren Struktur- und Regionalfördermittel in angemessenem Umfang zu sichern.

3. Der Senat wird gebeten im Rahmen der in Deutschland für die Ausgestaltung der Regionalförderung zuständigen Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) darauf hinzuwirken, in der Förderperiode 2007 bis 2013 ein zu starkes Fördergefälle innerhalb Deutschlands zu vermeiden. Dies gilt insbesondere für das zu erwartende Fördergefälle zwischen Bremen und dem angrenzenden Regierungsbezirk Lüneburg, wenn dieser als Ziel-1-Übergangsgebiet ausgewiesen werden sollte.
4. Der Senat wird aufgefordert, sich insbesondere mit dem Land Niedersachsen unverzüglich darüber abzustimmen, wie förderbedingte Wettbewerbsverzerrungen und starkes Fördergefälle zwischen benachbarten Regionen ab 2007 verhindert werden können.

Max Liess, Rainer Nalazek,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Sandra Speckert,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU